

Nachdem Obama mit dem Ausbau des US-Raketenabwehrschildes in Europa die russische Regierung zu Gegenmaßnahmen herausgefordert hat, macht er jetzt Putin für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und Russland und für den von der US-Regierung provozierten neuen Kalten Krieg verantwortlich.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 031/14 – 21.02.14**

Obamas Bemühungen um ein besseres Verhältnis zu Russland sind in der Eiseskälte eines neuen Kalten Krieges erstarrt

Von Nicole Gaouette, Bloomberg News
STARS AND STRIPES, 15.02.14

(<http://www.stripes.com/news/us/obama-bid-for-us-russia-reset-slips-as-cold-war-iciness-recurs-1.267913>)

WASHINGTON – Als sei aus dem Vorwurf des US-Präsidenten Barack Obama, der Moskau am 11. Februar für das Verhungern syrischer Zivilisten verantwortlich gemacht hat (s. unter <http://www.defensenews.com/article/20140211/DEFREG02/302110030/Obama-Russia-Blame-UN-Homs-Resolution-Fails>), die wachsende Frustration der US-Regierung über Russland noch nicht deutlich genug geworden, gab es in dieser Woche noch weitere Signale, die diese Frustration belegen.

James Clapper, der Director of National Intelligence (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Director_of_National_Intelligence), erklärte vor dem US-Kongress, "ein wieder erstarktes Russland" stelle eine Gefahr für die USA dar; außerdem sei er wütend darüber, dass Russland Edward Snowden Asyl gewähre, obwohl dieser durch die Enthüllung geheimer US-Spionageprogramme die Sicherheit der USA gefährdet habe. Kongressabgeordnete werfen Russland außerdem vor, einen Vertrag über die Reduzierung von Atomwaffen verletzt zu haben (s. <http://www.theguardian.com/world/2014/jan/30/us-russia-nuclear-arms-treaty-cruise-missile>) und den Einfluss der USA im Mittleren Osten zu untergraben. (s. dazu auch <http://www.heritage.org/research/reports/2012/03/how-the-us-should-respond-to-russias-unhelpful-role-in-the-middle-east>).

Dieser öffentlich bekundete Unmut nur fünf Jahre nach der Ankündigung der Obama-Regierung, ihre Beziehungen zu Russland "verbessern" zu wollen (s. <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/02/07/AR2009020700756.html>), widerspiegelt die wachsende Verärgerung über den russischen Präsidenten Wladimir Putin, der Russland eine stärkere weltpolitische Rolle verschaffen und sein Land als Alternative zu den USA präsentieren möchte.

"Die bilateralen Beziehungen sind wieder genau so schlecht, wie sie 2008 nach dem Krieg in Georgien (s. http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP12908_100808.pdf) waren," erklärte Angela Stent, die Direktorin des Centers for Eurasian, Russian and East European Studies (des Zentrums für eurasische, russische und osteuropäische Studien, s. <http://ceres.georgetown.edu/>) an der Georgetown University in Washington. "Wir haben fundamental unterschiedliche Ansichten über das Weltgeschehen und die Weltpolitik."

Fiona Hill, die Direktorin des Centers on the United States and Europe, (des Zentrums für die USA und Europa, s. <http://www.brookings.edu/about/centers/cuse>) der Brookings Institution (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Brookings_Institution), eines Washingtoner Think-

tanks, äußerte: "Der wichtigste Grund für die wachsende Besorgnis ist die Erkenntnis, dass Russlands Politik auf eine stärkere Konfrontation hinausläuft."

"Putin sieht große Unterschiede zwischen russischen Werten und dem amoralischen Verhalten im Westen, das die westlichen Staaten und die USA verkommen lasse," sagte Frau Hill. Das äußere sich in einem eher konfrontativen Kurs gegenüber dem (westlichen) Ausland, der Wertung jeder Einmischung des Westens als Umsturzversuch und in den Bemühungen Russlands, Aktivitäten der USA zu blockieren.

Das russischen Außenministerium twitterte am Donnerstag eine Äußerung des russischen Außenministers Sergei Lawrow (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Sergei_Wiktorowitsch_Lawrow); der hatte gesagt: "Die westlichen Medien haben mit dem Vokabular des Kalten Krieges einen Propagandakrieg gegen Russland entfesselt."

Die Möglichkeiten der Obama-Regierung für einen härtere Gangart sind begrenzt, weil sie Russlands Unterstützung in den Verhandlungen über das Atomprogramm des Irans und bei der Suche nach einer politischen Lösung braucht, mit der sich der Bürgerkrieg in Syrien beenden lässt.

Sowohl in den USA als auch in Russland ist das Ansehen des jeweils anderen Staates in der öffentlichen Meinung gesunken; nach einem Bericht im Magazin *New Republic* (s. <http://www.newrepublic.com/>) empfinden die Russen die kritische Berichterstattung der westlichen Medien über die Winterolympiade (in Sotschi) als "verzerrend und böswillig"

Die kritische Berichterstattung über die Olympischen Spiele mache alles nur noch schlimmer, und es sei ohnehin schon schlimm genug, stellte Frau Hill fest.

Frau Hill sieht "einen Anstieg des Antiamerikanismus in Russland", der sich in auch in aggressiveren Tönen aus dem russischen Außenministerium äußere. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup Inc (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Gallup_Organisation) gaben 63 Prozent der befragten US-Bürger Putin und 60 Prozent der Befragten Russland die schlechtesten Noten in den letzten zwei Jahrzehnten.

Die Vorbehalte der US-Amerikaner gegenüber Russland sind nach Angaben des Meinungsforschungsinstitutes stark gewachsen, seitdem sich Putin 2012 erneut zum Präsidenten wählen ließ; dazu beigetragen haben auch das gegen US-Interessenten verhängte Adoptionsverbot (s. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/russland-putin-billigt-adoptionsverbot-a-874923.html>), die Ausweisung der U.S. Agency for International Development (s. http://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Agency_for_International_Development), das Asyl-Angebot für Snowden, die Beschränkung der Rechte von Homosexueller und Lesben und die russische Unterstützung für das brutale Regime des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad.

In einer Anhörung, die am 11. Februar vor dem Verteidigungsausschuss des Senats stattgefunden hat, wiederholte Clapper den Vorwurf, Russland habe vermutlich den Mitschnitt eines Telefongesprächs veröffentlicht, in dem eine US-Diplomatin die Europäische Union beleidigt und sich zur Verringerung des russischen Einflusses auf die Ukraine geäußert hatte (s. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-02/ukraine-nuland-eu>).

Andere Ursachen der gewachsenen Spannungen sind nach Meinung von US-Offiziellen und Analysten die Konkurrenz bei der Ausbeutung von Bodenschätzen in der Arktis und die Modernisierung der russischen Streitkräfte, die nach einer Aussage, die Lt. Gen. (Generalleutnant) Michael Flynn, der Direktor der Defense Intelligence Agency (s. <http://de.wi->

[kipedia.org/wiki/Defense_Intelligence_Agency](http://wikipedia.org/wiki/Defense_Intelligence_Agency)), am 11. Februar vor Abgeordneten gemacht hat, "von den USA nicht ignoriert werden darf".

Der Plan Obamas, sich in seiner zweiten Amtszeit mit Russland auf eine Reduzierung der Langstreckenraketen beider Staaten zu verständigen, wurde durch Putins Opposition gegen das US-Raketenabwehrsystem für Europa und dadurch verhindert, dass Russland gegen den Vertrag über die Begrenzung der atomaren Mittelstreckenraketen verstoßen haben könnte (s. <http://www.washingtontimes.com/news/2013/jun/25/russia-violating-1987-nuclear-missile-treaty/?page=all>).

Weil das Raketenabwehrsystem "Russland wirklich große Sorgen mache", werde es sich nicht auf eine weitere Verringerung der Langstreckenraketen ab 2018 einlassen, die über den 2010 in Obamas erster Amtszeit geschlossenen New Strategic Arms Reduction Treaty (den Neuen Vertrag über die Reduzierung strategischer Waffen, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Strategic_Arms_Reduction_Treaty#New_START) hinausgehe, erklärte Wladimir Leontiew, der stellvertretende Direktor für Sicherheitsangelegenheiten und Abrüstung im russischen Außenministerium (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP00213_040113.pdf).

Bei einem anderen Disput auf einer Konferenz über Atomwaffen in der Politik, die in Arlington in Virginia stattgefunden hat, ging Leontiew auch auf die von den USA aufgeworfene Frage ein, ob Russland mit der Entwicklung neuer Marschflugkörper das bereits 1987 geschlossene Abkommen über Atomwaffen mittlerer Reichweite verletzt habe (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag>).

Frau Stent hat gerade ein Buch mit dem Titel "The Limits of Partnership" (Die Grenzen der Partnerschaft) geschrieben, in dem sie die vier letzten gescheiterten Versuche, die Beziehungen zwischen den USA und Russland zu verbessern, untersucht hat; sie stellte fest, Putin versuche Russland als "Beschützer der Souveränität (anderer Staaten) und der bestehenden Zustände zu profilieren" und "als Alternativmodell zu den USA zu präsentieren".

Diese Absicht wurde auch in dieser Woche wieder deutlich – beim Besuch des ägyptischen Militärführers General Abd al-Fattah as-Sisi (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Abd_al-Fattah_as-Sisi) in Moskau. Während des Besuchs hat Putin die noch nicht geklärte Kandidatur as-Sisis für das ägyptische Präsidentenamt befürwortet; außerdem wurde berichtet, dass Ägypten und Russland eine engere militärische Zusammenarbeit anstreben und dass russische Waffen im Wert von 2 Milliarden Dollar an Ägypten geliefert, aber von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten bezahlt werden sollen. (Weitere Informationen dazu sind nachzulesen unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/treffen-in-moskau-aegypten-und-russland-schliessen-waffendeal-1.1888575> .)

Seit der ehemalige ägyptische Präsident Anwar Sadat in den 1970er Jahren die sowjetische Berater ausgewiesen hat, waren die USA der größte Waffenlieferant Ägyptens; nach dem Militärputsch wurden die US-Waffenlieferungen an Kairo leicht reduziert.

"Wir unterstützen keinen bestimmten Kandidaten, und hielten es – offen gesagt – auch nicht für richtig, wenn die USA oder Herr Putin mitbestimmen wollten, wer Ägypten regieren soll," erklärte Marie Harf, die stellvertretende Sprecherin des US-Außenministeriums.

Frau Harf wollte sich nicht dazu äußern, ob die USA eine von Russland eingebrachte UN-Resolution unterstützen werden, in der humanitäre Hilfe für Syrien gefordert wird, wenn nicht gleichzeitig Sanktionen gegen das Assad-Regime mitbeschlossen werden, falls dieses nicht bedingungslos kooperieren sollte (s. auch <http://www.mittelbayerische.de/nach>

[richten/politik/artikel/un-streiten-sich-ueber-syrien-resolution/1018403/un-streiten-sich-ueber-syrien-resolution.html](http://www.foxnews.com/politik/artikel/un-streiten-sich-ueber-syrien-resolution/1018403/un-streiten-sich-ueber-syrien-resolution.html)).

Weil Russland eine von den USA unterstützte erste UN-Resolution über humanitäre Hilfe für Syrien blockierte, hat Obama am 11. Februar auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus Moskau vorgeworfen, mitschuldig an Maßnahmen des Assad-Regimes zu sein, die Teile der syrischen Bevölkerung dem Hungertod aussetzten.

"Die Russen können nicht behaupten, dass sie sich um das Wohlergehen der syrischen Bevölkerung sorgen, wenn sie Zivilisten einfach verhungern lassen. Dafür sind nicht nur die Syrer, sondern auch die Russen verantwortlich, wenn sie die zuerst vorgeschlagene Resolution blockieren," sagte Obama auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem französischen Präsidenten François Hollande (s. <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/02/11/press-conference-president-obama-and-president-hollande-france>).

Der russische Außenminister Lawrow wies den Vorwurf Obamas am nächsten Tag zurück. "Die (von den USA unterstützte) Resolution ist sehr einseitig, weil sie die Schuld nur der (syrischen) Regierung zuweist. Wir beharren auf sofortiger praktischer Hilfe – auch ohne eine einvernehmliche Resolution des UN-Sicherheitsrates oder der UN-Generalversammlung."

"Das Hauptproblem besteht darin, dass weder die USA noch Frankreich wissen, wie sie die russische Regierung behandeln sollen," sagte ein französischer Offizieller, der anonym bleiben wollte. Beide Staaten glaubten, dass die Unterstützung des Assad-Regimes nicht im Interesse Russlands sein könne, wüssten aber nicht, wie auch Russland davon zu überzeugen wäre, ergänzte der Offizielle.

Wir haben den Propagandaartikel, der ein Musterbeispiel für die Verdrehung von Tatsachen und das Vertauschen von Ursache und Wirkung ist, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Wichtig daran ist vor allem, dass in den USA jetzt wieder ganz offen von einem neuen Kalten Krieg mit Russland gesprochen wird. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.

STARS  AND STRIPES[®]

Obama bid for US-Russia reset slips as Cold War iciness recurs

By Nicole Gaouette, Bloomberg News
Published: February 15, 2014

WASHINGTON — If mounting U.S. frustration with Russia wasn't clear enough after President Barack Obama blamed Moscow on Feb. 11 for the starvation of Syrian civilians, this week offered plenty of other signals.

Director of National Intelligence James Clapper told Congress that "an assertive Russia" poses a risk to the United States and aired his anger over damage to national security caused by Edward Snowden, who's in Russia under asylum after exposing classified American spy programs. Elsewhere on Capitol Hill, lawmakers voiced concern that Russia may

have violated a nuclear-arms treaty and is undermining U.S. influence in the Middle East.

These public displays of dissatisfaction, almost five years after the Obama administration set out to "reset" ties with Russia, reflect growing U.S. dismay as Russian President Vladimir Putin seeks a more prominent international role for his nation and positions it as an alternative to the U.S.

"The bilateral relationship is probably as bad as it's been since the war in Georgia" in 2008, said Angela Stent, director of the Center for Eurasian, Russian and East European Studies at Georgetown University in Washington. "We have fundamentally different views of what drives the world, what drives politics."

Fiona Hill, director of the Center on the United States and Europe at the Brookings Institution, a Washington policy group, said "the big reason for concern now is that what we're seeing in Russian politics is pointing more in a direction that could point to greater confrontation."

Putin "is making a strong distinction between Russian values and amoral Western values that are dragging the West and the U.S. down," Hill said. That will translate into "a rather confrontational stance in its neighborhood, depicting any Western or U.S. moves as attempts at subversion, and more broadly, into Russian attempts to block the U.S."

The Russian Foreign Ministry's Twitter feed Thursday quoted Russian Foreign Minister Sergei Lavrov saying that the "Western media have launched an information war against Russia, with Cold War-like vernacular widely in use."

The Obama administration's ability to play hardball is limited, though, by its need for Russia to support negotiations on Iran's nuclear program and seeking a political solution to end the civil war in Syria.

In both the U.S. and Russia, popular opinion is hardening. Russians are describing critical Western media coverage of the Winter Olympics as "zloradstvo," or "malicious glee," according to the New Republic magazine.

The critical coverage of the Olympics "just makes things worse, and they're bad enough as it is," said Hill.

While Hill sees "a rise in anti-Americanism in Russia that's translating into a more belligerent tone in foreign policy," Gallup Inc. released a poll yesterday that found Americans gave Putin and Russia the highest unfavorable ratings — 63 percent and 60 percent, respectively — in the past two decades.

American disaffection with Russia has grown since Putin returned himself to the presidency in 2012, the polling company said, and has been fueled by Russia's ban on American adoptions of its orphans, its expulsion of the U.S. Agency for International Development, the asylum offer to Snowden, restrictions on gay and lesbian rights, and support for the brutal regime of Syrian President Bashar al-Assad.

In Feb. 11 testimony before the Senate Armed Services Committee, Clapper repeated U.S. suggestions that Russia may have been behind last week's leak of a recorded phone call in which an American diplomat dismissed the European Union with an expletive and pondered how to blunt Russian influence in Ukraine.

Other sources of tension, U.S. officials and analysts say, include growing competition over Arctic resources and Russia's military modernization, which Army Lt. Gen. Michael Flynn, director of the Defense Intelligence Agency, told lawmakers on Feb. 11 that the U.S. "cannot afford to ignore."

Obama's second-term plan to seek further cuts in U.S. and Russian long-range nuclear arsenals has been thwarted by Putin's opposition to the U.S. missile defense system being deployed in Europe and by evidence that Russia may be violating a treaty that limits medium-range nuclear missiles.

The missile defense system is a "really a big matter of concern," and Russia isn't interested in going beyond reductions required by 2018 under the 2010 New Strategic Arms Reduction Treaty signed early in Obama's first term, according to Vladimir Leontyev, deputy director for security affairs and disarmament in the Russian foreign ministry.

On another dispute, Leontyev told a conference on nuclear weapons policy in Arlington, Va., that the U.S. has questioned whether Russian may be violating the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty by developing a type of missile banned by the 1987 accord.

Stent, who has just written "The Limits of Partnership," a book examining four recent attempts to reset U.S.-Russia ties, all of which have failed, said Putin is positioning Russia as "the protector of sovereignty and the status quo, presenting it as the alternative model to the United States."

That dynamic was on display this week during a Moscow visit by Egyptian military leader General Abdel-Fattah el-Sissi. Putin endorsed al-Seesi's as-yet undeclared presidential candidacy amid reports that Egypt and Russia are working on greater military cooperation and a \$2 billion arms deal bankrolled by Saudi Arabia and the United Arab Emirates.

The U.S., Egypt's largest military supplier since the late President Anwar Sadat expelled Soviet advisers in the 1970s, has slightly reduced weapons sales to Cairo in response to the military's takeover of government.

"We don't endorse a candidate and don't think it's, quite frankly, up to the United States or to Mr. Putin to decide who should govern Egypt," State Department Deputy Spokeswoman Marie Harf said.

Harf wouldn't comment on whether the U.S. would back a United Nations resolution Russia has drafted on humanitarian aid access to Syria that doesn't include sanctions if the Assad regime fails to comply.

On Feb. 11, after Russia blocked another resolution on humanitarian access that the U.S. had backed, Obama used a White House news conference to accuse Moscow of complicity in the Assad regime's starvation of its own people.

"Russians cannot say that they are concerned about the well-being of the Syrian people when they are starving civilians, and that it is not just the Syrians that are responsible, the Russians as well, if they are blocking this kind of resolution," Obama said at a joint news conference with President Francois Hollande of France.

Lavrov brushed off Obama's comment the next day. "Their resolution is based on a selective approach to the situation and fixing the blame on the government," Lavrov said in a statement posted by the Russian Foreign Ministry. "We insist on focusing on practical ef-

forts, even if it is more difficult to find an agreement than to adopt" U.N. Security Council or General Assembly resolutions, Lavrov said.

A central problem is that the U.S. and France don't know how to handle the Russian government, said a French official who spoke on condition of anonymity to discuss the issue. While the two countries don't think supporting Assad is in Russia's interests, they also don't know how to make that point heard, the official said.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern